

Appell der Marburger Bürgerinitiative bi-gegen-bordell an die Politikerinnen und Politiker des Deutschen Bundestages

Wir sind Frauen und Männer aus der Mitte der Marburger Bürgerschaft, gestützt von 3500 Bürger/innen, die 2005 mit ihrer Unterschrift zum Widerstand gegen ein Großbordell in unserer Stadt aufgerufen haben. Durch genaue Beobachtung des örtlichen Rotlichtmilieus (1), Kontakte zu Personen der Szene und regelmäßigen Austausch mit Fachleuten sind wir umfassend informiert über den unlösbarer Zusammenhang von Gewalt und Organisierter Kriminalität in der Prostitution (2). Diese Situation können wir als Bürgerinnen und Bürger nicht länger hinnehmen. Wir begrüßen daher die in den Koalitionsverhandlungen festgeschriebene Novellierung des Prostitutionsgesetzes von 2002. Wir sind aber der Meinung, dass die geplanten Änderungen nicht weit genug gehen.

- Die im Grundgesetz verankerte Gleichstellung von Mann und Frau wird weiterhin ignoriert.
- Eine Konzessionierung von Bordellen kann die physische und psychische Ausbeutung und Traumatisierung der Prostituierten nicht verhindern: Was in den Zimmern geschieht, entzieht sich nach wie vor jeglicher Kontrolle..
- Der staatlich sanktionierte Kauf von Frauenkörpern führt zu einer enthumanisierten Sexualität, besonders folgenreich für die Entwicklung der jungen Generation.
- Die Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen muss eingedämmt werden.

Die Marburger Bürgerinitiative bi-gegen-bordell spricht sich deshalb nach dem Vorbild Schwedens, Norwegens und Frankreichs für ein Verbot des Sexkaufes aus.

Dabei sehen wir uns in Übereinstimmung mit Initiativen namhafter anderer Gruppierungen:

- den Empfehlungen des EUROPA Parlamentes
- der European Women's Lobby
- dem Beschluß zur Befürwortung des Schwedischen Modells durch TERRE DES FEMMES
- dem Verein SOLWODI mit seiner Aktion „Schluss-Strich“
- der Redaktion der Zeitschrift EMMA mit ihrer Aktion „Prostitution abschaffen“
- der Organisation KOFRA, München
- den Autorinnen des Karlsruher Appells aus der Partei Die Grünen

In persönlichen Gesprächen mit uns haben sich nicht wenige Abgeordneten des Bundestages ebenfalls für eine grundsätzliche Ablehnung des Sexkaufes ausgesprochen. Offiziell aber vertreten sie einen halbherzigen Kompromiss, da ein Verbot des Sexkaufs politisch nicht durchsetzbar sei. In Anbetracht der mit Sexkauf verbundenen Menschenrechtsverletzungen und der Verstöße gegen Artikel 1 unseres Grundgesetzes können wir dieser allzu pragmatischen politischen Logik nicht folgen.

Deshalb appellieren wir an Sie:

Folgen Sie nicht den bekannten Mythen, die eine grundlegende Änderung des ProstG verhindern sollen:

- Prostitution sei das älteste Gewerbe der Welt
- Nach einem Verbot des Sexkaufes wandere Prostitution in den Untergrund ab, wie das Beispiel Schweden angeblich zeige
- Die meisten Prostituierten arbeiteten freiwillig

Informieren Sie sich bei deutschen und schwedischen Fachleuten von Polizei, Sozialarbeit und Justiz über Umfang und Auswirkung heutiger Prostitution in beiden Ländern. Schließen Sie sich nicht einem vorgegebenen politischen Pragmatismus an. Nehmen Sie die zahlreichen Widerstände aus Ihrer Wählerschaft gegen den Sexkauf ernst, folgen Sie nicht einer gefühllosen Parteiräson. Folgen Sie Ihrem Gewissen! Würden Sie Ihrer Frau, Ihrer Tochter, ihrer Nichte, Ihrer Schwester, Ihrer Freundin das Schicksal einer Prostituierten zumuten? Sie können solche Schicksale verhindern!

Haben Sie den Mut sich für ein Sexkaufverbot einzusetzen!

Sie haben die Macht dazu, Deutschland, das "Bordell Europas" wieder zu einem zivilisierteren Land zu machen. Ihre Wählerinnen und Wähler erwarten das von Ihnen!

Für die Marburger Bürgerinitiative bi-gegen-bordell.de (info@bi-gegen-bordell.de)

Inge Hauschildt-Schön, Ursula Gehring - Mai 2014

1) <http://www.op-marburg.de/Lokales/Gefangen-in-der-Sex-Fabrik>

2) <http://www.kriminalpolizei.de/ausgaben/2013/juni/detailansicht-juni/artikel/ausser-kontrolle.html>